

Steuernummer 27/663/60541
(Bitte bei Rückfragen angeben)Telefon (030)90 24-27415
Telefax 030 9024-27900
Zi.Nr.: 415FA Kö I, Bredtschneiderstr. 5, 14057 Bln
000000039 14.01.21**Freistellungsbescheid**Demokratie & Dialog e.V.
Scharnhorststr. 28/29
10115 Berlinfür 2019 zur
K ö r p e r s c h a f t s t e u e r
und Gewerbesteuer**Feststellung****Umfang der Steuerbefreiung**Die Körperschaft ist nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG von der Körperschaftsteuer befreit.
Sie ist nach § 3 Nr. 6 GewStG von der Gewerbesteuer befreit.**Hinweise zur Steuerbegünstigung**

Die Körperschaft fördert im Sinne der §§ 51 ff. AO ausschließlich und unmittelbar folgende gemeinnützige Zwecke:

- Förderung der Jugendhilfe (§ 52 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 AO)
- Förderung der Erziehung (§ 52 Abs. 2 Satz 1 Nr. 7 AO)
- Förderung der Volks- und Berufsbildung einschließlich der Studentenhilfe (§ 52 Abs. 2 Satz 1 Nr. 7 AO)
- Förderung des bürgerschaftlichen Engagements (§ 52 Abs. 2 Satz 1 Nr. 25 AO)

Hinweise zur Ausstellung von ZuwendungsbestätigungenDie Körperschaft ist berechtigt, für Spenden, die ihr zur Verwendung für diese Zwecke zugewendet werden, Zuwendungsbestätigungen nach amtlich vorgeschriebenem Vordruck (§ 50 Abs. 1 EStDV) auszustellen. Die amtlichen Muster für die Ausstellung steuerlicher Zuwendungsbestätigungen stehen im Internet unter <https://www.formulare-bfinv.de> als ausfüllbare Formulare zur Verfügung.

Die Körperschaft ist berechtigt, für Mitgliedsbeiträge Zuwendungsbestätigungen nach amtlich vorgeschriebenem Vordruck (§ 50 Abs. 1 EStDV) auszustellen.

Zuwendungsbestätigungen für Spenden und ggf. Mitgliedsbeiträge dürfen nur ausgestellt werden, wenn das Datum dieses Freistellungsbescheids nicht länger als fünf Jahre zurückliegt. Die Frist ist taggenau zu berechnen (§ 63 Abs. 5 AO).

Haftung bei unrichtigen Zuwendungsbestätigungen und fehlverwendeten Zuwendungen

Wer vorsätzlich oder grob fahrlässig eine unrichtige Zuwendungsbestätigung ausstellt oder veranlasst, dass Zuwendungen nicht zu den in der Zuwendungsbestätigung angegebenen steuerbegünstigten Zwecken verwendet werden, haftet für die entgangene Steuer. Dabei wird die entgangene Einkommensteuer oder Körperschaftsteuer mit 30 %, die entgangene Gewerbesteuer pauschal mit 15% der Zuwendung angesetzt (§ 10b Abs. 4 EStG, § 9 Abs. 3 KStG, § 9 Nr. 5 GewStG).

Hinweise zum Kapitalertragsteuerabzug

Bei Kapitalerträgen, die bis zum 31.12.2024 zufließen, reicht für die Abstandnahme vom Kapitalertragsteuerabzug nach § 44a Abs. 4 und 7 Satz 1 Nr. 1 sowie Abs. 4b Satz 1 Nr. 3 und Abs. 10 Satz 1 Nr. 3 EStG die Vorlage dieses Bescheides oder die Überlassung einer amtlich beglaubigten Kopie dieses Bescheides aus. Das Gleiche gilt bis zum o. a. Zeitpunkt für die Erstattung von Kapitalertragsteuer nach § 44b Abs. 6 Satz 1 Nr. 3 EStG durch das depotführende Kredit- oder Finanzdienstleistungsinstitut.

Die Vorlage dieses Bescheides ist unzulässig, wenn die Erträge in einem wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb anfallen, für den die Befreiung von der Körperschaftsteuer ausgeschlossen ist.

Anmerkungen

Bitte beachten Sie, dass die Inanspruchnahme der Steuerbefreiungen auch in Zukunft von der tatsächlichen Geschäftsführung abhängt, die der Nachprüfung durch das Finanzamt - ggf. im Rahmen einer Außenprüfung - unterliegt. Die tatsächliche Geschäftsführung muss auf die ausschließliche und unmittelbare Erfüllung der steuerbegünstigten Zwecke gerichtet sein und die Bestimmungen der Satzung beachten.

Dies muss auch künftig durch ordnungsmäßige Aufzeichnungen (Aufstellung der Einnahmen und Ausgaben, Tätigkeitsbericht, Vermögensübersicht mit Nachweisen über Bildung und Entwicklung der Rücklagen) nachgewiesen werden (§ 63 AO).

***** Fortsetzung siehe Seite 2 *****

Konten des Finanzamts:

Kreditinstitut:

LBB - Berliner Sparkasse

IBAN DE94 1005 0000 6600 0464 63 BIC BELADEBEXX

Postbank Ndl Deutsche Bank

IBAN DE09 1001 0010 0691 5551 00 BIC PBNKDEFFXX

Weitere Informationen auf der letzten Seite oder im
Internet unter www.berlin.de/sen/finanzen/steuern

Erläuterungen

Kontobestände zum 31.12.2019: Konto 1 = 24.850,74 €; Konto 2 = 16.017,78 €

Vorsorglich weise ich darauf hin, dass eine steuerbegünstigte Körperschaft ihre Mittel grundsätzlich zeitnah für ihre steuerbegünstigten satzungsmäßigen Zwecke verwenden muss. Die Bildung von Rücklagen ist nur unter den Voraussetzungen des § 62 Abs. 1 Nr. 1 bis 4 AO (zweckgebundene Rücklage, Rücklage für Wiederbeschaffung, freie Rücklage und Rücklage zum Erwerb von Gesellschaftsrechten) zulässig. Hierbei ist die Frist gem. § 62 Abs. 2 AO zu beachten. Weiterhin muss die Körperschaft die Rücklagen nach § 62 Abs. 1 AO in ihrer Rechnungslegung - ggf. in einer Nebenrechnung - gesondert ausweisen. Nach vorliegenden Unterlagen wurden Rücklagen nach § 62 Abs. 1 Nr. 3 AO i.H. von 7.685 € gebildet. Weitere Erläuterungen zum o.g. Mittelbestand erfolgten nicht. Die weitere zeitnahe Verwendung der vorhandenen Mittel wird im nächsten Veranlagungsverfahren überprüft. Ich verweise hierzu auch auf § 55 Abs. 1 Nr. 5 Satz 3 Abgabenordnung - AO -.

zur Überprüfung der tatsächlichen Voraussetzungen für die Gemeinnützigkeit werden Sie gebeten, für das Jahr 2020 folgende Unterlagen bis spätestens zum 31.7.2021 einzureichen:

-Körperschaftsteuererklärung für gemeinnützige Körperschaften (elektronische Übermittlung KSt 1 + Anlage Gem) einschließlich Erläuterung/Darstellung zur Rücklagenbildung nach § 62 Abs. 1, 2 und 3, ggf. auch Nr. 4 AO)

-ggf. elektr. Übermittlung der Anlage GK für einen steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb einschließlich dergesonderten Gewinnermittlung

-ggf. Gewerbesteuererklärung für einen steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb (elektr. Übermittlung)

-ggf. Umsatzsteuererklärung einschließlich Anlage UR (elektr. Übermittlung)

-Tätigkeitsbericht

-Jahresabschluss einschließlich einer detaillierten Aufstellung der Umsatzerlöse und sonstigen betrieblichen Erträge

-Vermögensaufstellung.

Aus dem Tätigkeitsbericht muss zu entnehmen sein, in welcher Weise die tatsächliche Geschäftsführung im jeweiligen Zeitraum auf die Erfüllung der vertragsmäßigen/satzungsmäßigen Zwecke gerichtet war. Hierzu sind die Aktivitäten der Körperschaft möglichst konkret darzulegen.

Dieser Festsetzung liegen Ihre (am 14.07.2020 um 14:41:12 Uhr) in authentifizierter Form übermittelten Daten zugrunde.

Rechtsbehelfsbelehrung

Die in diesem Bescheid enthaltenen Verwaltungsakte können mit dem Einspruch angefochten werden. Der Einspruch ist bei dem vorbezeichneten Finanzamt oder bei der angegebenen Außenstelle schriftlich einzureichen, diesem / dieser elektronisch zu übermitteln oder dort zur Niederschrift zu erklären.

Ein Einspruch ist jedoch ausgeschlossen, soweit dieser Bescheid einen Verwaltungsakt ändert oder ersetzt, gegen den ein zulässiger Einspruch oder (nach einem zulässigen Einspruch) eine zulässige Klage, Revision oder Nichtzulassungsbeschwerde anhängig ist. In diesem Fall wird der neue Verwaltungsakt Gegenstand des Rechtsbehelfsverfahrens.

Die Frist für die Einlegung eines Einspruchs beträgt einen Monat.

Sie beginnt mit Ablauf des Tages, an dem Ihnen dieser Bescheid bekannt gegeben worden ist. Bei Zusendung durch einfachen Brief gilt die Bekanntgabe mit dem dritten Tag nach Aufgabe zur Post als bewirkt, es sei denn, dass der Bescheid zu einem späteren Zeitpunkt zugegangen ist.

Datenschutzhinweis

Informationen über die Verarbeitung personenbezogener Daten in der Steuerverwaltung und über Ihre Rechte nach der Datenschutz-Grundverordnung sowie über Ihre Ansprechpartner in Datenschutzfragen entnehmen Sie bitte dem allgemeinen Informationsschreiben der Finanzverwaltung. Dieses Informationsschreiben finden Sie unter www.finanzamt.de (unter der Rubrik "Datenschutz") oder erhalten Sie bei Ihrem Finanzamt.



Freistellungsbescheid für 2019 zur K ö r p e r s c h a f t s t e u e r und Gewerbesteuer vom 14.01.2021

weitere Informationen

Öffnungszeiten:

Angaben finden Sie unter www.berlin.de



09690

011105



Originalpapier nur, wenn dieser Hinweis im Gründruck erscheint

011105

